

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Studierende unterstützen, Studierendenwerk sichern – Rahmenvertrag jetzt!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird dazu aufgefordert, unverzüglich einen fünfjährigen Rahmenvertrag mit dem Studierendenwerk Berlin abzuschließen und diesen dem Abgeordnetenhaus zur Zustimmung vorzulegen. Der Rahmenvertrag soll folgende Punkte enthalten:

- klare Vorgaben zu den im Vertragszeitraum zu erbringenden Leistungen des Studierendenwerks und des Senats;
- ein gemeinsames, transparentes Verständnis von Senat und Studierendenwerk zu den Bedarfen der Studierenden auf Basis einer Bedarfsermittlung des Studierendenwerks;
- eine Entwicklung der Finanzierung, die mittelfristig wieder eine paritätische Finanzierung des Studierendenwerks durch Beiträge und den Landeszuschuss anstrebt, ohne den Leistungsumfang des Studierendenwerks einzuschränken;
- eine praxistaugliche Vereinbarung zur Anpassung der Vertragsbestimmungen bei Eintritt veränderter Sachlagen, auf deren Zustandekommen die Vertragspartner*innen keinen Einfluss haben.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 31. März 2026 und danach monatlich bis zum Abschluss eines neuen Rahmenvertrags mit dem Studierendenwerk zu berichten.

Begründung

Der bis 2024 laufende Rahmenvertrag mit dem Studierendenwerk ist zum Jahresende ohne Folgevertrag ausgelaufen. Gleichzeitig hat der Senat über den dritten Nachtragshaushalt zum Doppelhaushalt 2024/2025 den Zuschuss des Studierendenwerks um ungefähr ein Drittel gekürzt, was zur Erhöhung des Beitrags zum Studierendenwerk für Studierende sowie zu

weiteren Preiserhöhungen und Einschränkungen des Angebots geführt hat. Der Senat entfernt sich so zunehmend von einer paritätischen Finanzierung des Studierendenwerks. Die Berliner Studierenden müssen die Fehler des Senats ausbaden.

Ein fehlender Rahmenvertrag in Verbindung mit der angespannten Haushaltslage des Landes führt beim Studierendenwerk zu mangelnder Planungssicherheit. Die Leistungsfähigkeit dieser für Studierende unersetzlichen Institution wird so weiter unnötig eingeschränkt.

Berlin, den 2. September 2025

Jarasch Graf Neugebauer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen